

Luzerner Tagblatt.

Achtundzwanzigster Jahrgang.

Nr. 215.

Inserate:
die einpaltige Zeile oder deren Raum 10 Cts.
für Wiederholungen 8 „
Inserate von 3 Zeilen und weniger . . . 30 „

den 12. September 1879.

Abonnement:	6 Monate	3 Monate.
für Luzern zum Abholen	Fr. 10. —	Fr. 5. —
„ „ „ „ „ „	„ 12. —	„ 6. —
für die übrige Schweiz	„ 12. 50	„ 6. 40

Freitag,

Ein ultramontanes Bravourstücklein.

(Korrespondenz aus Eich.)

Hr. Dr. Zemp hat letztes Frühjahr an der konfessionellen Delegirten-Versammlung in Sursee den Grundriss aufgestellt, die Schule müsse von allen unkirchlichen Elementen gesäubert werden. Es ist bekannt, daß die Ultramontanen jeder Zeit die Praxis befolgten, ihre Gegner als Feinde der Kirche und der Religion hinzustellen. Das thaten schon die Vorkämpfer des Judenthums, das war die bequeme Praxis jeder intoleranten Hierarchie. So werden auch in unserer kantonalen Politik die, nach die Begriffe „liberal“ und „kircheneindlich“ mit einander verwechselt. Es ist einleuchtend, daß solche auf bloße Verfolgung Anderer hin auslaufenden Praktiken ein freies, friedliches, republikanisches Leben in Familie, Gemeinde, Kanton und Eidgenossenschaft zerstören müssen.

Sicovon haben wir in Eich ein sprechendes Beispiel. Vor 5 Jahren berief hier die Gemeinde einen Lehrer B. Sein hiesiges Wirken war ein in jeder Beziehung ausgezeichnetes. Nach dem Zeugnisse kompetenter Schulbehörden war dessen Schule eine der besten des Kantons. Sein Walten in der Schule war ein musterbildendes. Er war von Liebe zur Jugend und Ernst zur Arbeit durchdrungen. Neben der Schule besorgte er auch zur allgemeinen Zufriedenheit den Organisationsdienst und leitete die Bleichmüller-Gesellschaft. In seinem Privatleben war er einfach und bescheiden, sich ganz seiner Familie widmend. Allein ein Unstund sollte für ihn verhängnisvoll werden: er war liberal, wenigstens stimmte er jemals mit den Liberalen. Dem politischen Treiben (lund er im Uebrigen gänzlich fern. Die Konfessionen verurtheilte er in dieser liberalen Gesinnung nicht. Jeder rechte Bürger muß ja einer Partei angehören und es kann nicht alles gleicher Gesinnung sein.

An einer zur ungeschicklichen Zeit abgehaltenen Gemeinde-Versammlung, von der Viele keine Kenntnis hatten, war seiner Zeit gegen alle Ermarten beschloffen worden, den Lehrer nicht mehr, wie bisher, von der Gemeindefrist, sondern von einer Kommission wählen zu lassen. In dieser Kommission nun fanden sich drei von fünf Mitgliedern, welche das Ungeheuer vollbrachten, nämlich den Lehrer abzulehnen. Es war umsonst, daß sich Hr. Kreisinspektor Krell in einer Zuschrift ganz besonders für Hr. B. verwandte mit Rücksicht auf dessen vorzügliche Leistungen in der Schule. Es war umsonst, daß von 135 stimmberechtigten Bürgern sich 80 in einer besonderen Petition für Beibehaltung des bisherigen Lehrers aussprachen, — es gab kein Erbarmen. So ist Hr. B. mit Gattin und vier kleinen Kindern auf die Gasse gestellt, ohne Anstellung, ohne Verdienst. Seine Kraft ist erschöpft, seine Mühe gekostet.

Das ist der Zustand einer staubwürdigen Politik, — nein, das ist nicht mehr Politik, hier wollte blinder Haß, Dummheit und Verblendung! Eine ganze Reihe von ehrenwerten Konfessionellen der Gemeinde hat sich mit Entrüstung gegen diesen Gewaltstreich ausgesprochen. Aber die That ist vollbracht, das Ziel erreicht. Noch lebt in unserem Volke der Sinn für Recht und Gerechtigkeit. Im politischen wie im Privatleben rächt sich jede Ungerechtigkeit und Schlechtigkeit früher oder später.

Hr. Dr. Zemp! Sie sind nicht nur Politiker, sondern auch Mann des Rechts, Familienvater, vor allem auch Mensch. Kommen Sie hier, unterfragen Sie die gesammte amtliche und private Thätigkeit die durch schlechtere Intrigue und entsetzlichen Verbrechen, prüfen Sie Mären und Derg in Bezug auf Religion und Rechtschaffenheit und Sie werden mit uns jenen Akt als himmelschreiendes Unrecht verurtheilen. Wir empfehlen Ihnen diese Prüfung und sind überzeugt, Sie werden hier Ihr Wort gegen das Unrecht erheben.

Weshere Bürger von Eich.

Eidgenossenschaft.

Bundesrat. Ein Tabakfabrikant, der für inners den 21. bis 25. Juni in der Schweiz eingelangte Kohlenabgaben nach dem neuen Tarife Fr. 65,000 mehr an Zoll erlegen mußte, hat beim Bundesgerichte das Begehren gestellt,

es sei der Bundesbeschluss betreffend das Inkrafttreten des neuen Tarifs am 21. Juni als verfassungswidrig und nicht rechtsverbindlich zu erklären, weil Bundesgesetz und Bundesbeschluss vom 20. Juni erst am 25. d. M. publiziert worden seien. Es sei ihm sonach die genannte Summe zurückerstattet. Der Bundesrat bestreitet, auf eine bezügliche Anfrage hin, die Kompetenz des Bundesgerichts, da beim Bundesgerichte Beschwerden von Privaten nur gegen kantonale angeblich bundesverfassungswidrige Verfügungen zulässig sind. Einzig die Bundesversammlung ist nach Ansicht des Bundesrats kompetent, über die Bedeutung des Bundesbeschlusses betreffend Ermächtigung des Bundesrates zu sofortiger Anwendung der neuen Tabakzölle zu entscheiden.

Luzern. Die Traktanden des am 22. d. zusammengetretenen Großen Rates sind:

- 1) Prüfung und Genehmigung der Großratsbeschlüsse in den Kreisen Großletwil, Sursee, Gungolp und Schwargenberg;
- 2) zweite Beratung des Erziehungsgesetzes;
- 3) zweite Beratung des Gesetzes betreffend den gewerbmäßigen Betrieb von Infasso, Abtreibungs-, Darlehen- und Wechselgeschäften;
- 4) Petition um Abänderung des § 1 der Wechselordnung;
- 5) zweite Beratung des Gesetzes betreffend die eheliche Vormundschaft;
- 6) Kommissionsbericht über die Staatsverwaltung von 1876 und 1877;
- 7) dies über den Rechnungsjahrsbericht des Obergerichts von 1876 und 1877;
- 8) dies über die Gesuche der im Kantone der Bern-Luzern-Bahn zu Verlust gekommenen Gerichtsschreiber und Currentgläubiger um Rückvergütung ihrer Verluste aus der Staatskasse;
- 9) Beschlussempfehlung für die Lehrer der höheren Lehranstalten.

— Aus dem Regierungsrath. Vom 5. Sept. (Fortsetzung.) An eine Ausrüstung und Verbauung auf der dem Hrn. Nationalrath Bet-Len in Sursee gehörenden Alp Wiltensfelsen in der Gemeinde Marbach wird, nachdem der h. Bundesrat einen Kosteneintrag von 40% zugesichert, ein Staatsbeitrag von 30% bewilligt. — Die Bannwahlenwahl in Rain vom 3. August abhin wird in Abweisung eines dagegen eingereichten Kassationsgesuches genehmigt. — Ein Rekurs des Hrn. G. Naphis, Kleberhändler in Luzern, gegen eine Verfügung des Patentbüreau, wodurch er verhalten wurde, für seine jüngst annoncierte „vollständige Klammung seines Lagers“ ein Ausverkaufspatent zu lösen, wird als unbegründet abgewiesen. — Ebenso wird abgewiesen das Gesuch des Gemeinderaths von Mäswangen für die brandbeschädigte Familie Steinbrunner von dort in Sursee um eine Liebesgabenversammlungsbewilligung. — Herr Lieutenant Adolph Oberle von Fischen, Kantons Thurgau, wohnhaft in Luzern, wird zum Oberleutnant bei der Infanterie befördert. — Auf eine Anfrage des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, ob man mit der künftigen direkten Erhebung der Frage der Uebernahmepflicht von aus Deutschland ausgewiesenen schriftenlosen Schweiz. Angehörigen und umgekehrt zwischen den Behörden der beteiligten Staaten — statt des bisherigen diplomatischen Weges — einverstanden sei, wird im bejahenden Sinne geantwortet und für den Kanton Luzern das Militär- und Polizeidepartement zur Abgabe der Erklärung über die Kantonsangehörigkeit der fraglichen Individuen als kompetent bezeichnet.

Vom 8. Sept. Der Gemeinderath von Marbach unter Zugug des Hrn. Pfarrers wird mit sofortiger Abschätzung des Jagelshagens in dortiger Gemeinde beauftragt; ferner wird auf den eigenen Vorschlag eine Liebesgabenversammlung in den Pfarrkirchen für die beschädigten Wasser- und Jagelbeschädigten des Kantons angeordnet und aus den Herren Amtsgehilfen von Luzern, Entlebuch und Willisau ein Hilfskomitee für die Verteilung der gestifteten Liebesgaben bestellt. — In Abänderung der Schulgesetzgebung vom 27. Juni d. J. betreffend Genehmigung der Wahl des Großen Stadtrates von Luzern werden die Wahlen der Hn. Häusersterch, Weber-Dittell und Joh. Winter mit Hinsicht auf § 17 der Staatsverfassung nicht als gültig anerkannt, also deren Genehmigung zurückgezogen, dem Stadtrat überlassen, falls er mit der bisherigen Verfassungsauslegung nicht einverstanden sein sollte, eine Interpretation durch den Großen

Rath anzufragen und die Ersatzwahlen erst nach dem Entschiede des letzteren vorzunehmen zu lassen.

Vom 10. Sept. Auf nachmaliges Drängen des Direktionskomitee der zentral-schweizerischen Kunst- und Gewerbeausstellung wird demselben nachträglich die Ausgabe von noch 10,000 weiteren Lotterielibellen der zentral-schweizer. Kunst- und Gewerbeausstellung, im Ganzen also die Zahl von 60,000 bewilligt.

— Münster. (Korr.) Eine „Herbsttage“ (H. Vaterland) eine verpöbelte, rüchmüthige) jammt im „Vaterland“ vom 6. September über das traurige Defizitar der Wahlen in Münster vom 4. Mai bis 17. August d. J. Bei diesen Wahlen des Herbsttages ist das Krautigste für dasselbe, daß es leider seine eigenen Leute beschuldigen muß. Von einigem Interesse aus jenem Klagebuche mögen folgende Punkte sein:

1. Das „Herbsttage“ muß fast weinend zugeben, daß bei verfallener Einwohnergemeinde die Konfessionen um ca. 5-7 Stimmen in Minderheit sind. Krautig mag das wohl befalls erscheinen, weil die Konfessionen in ihren Vorparlamenten immer eine Mehrheit von 12-15 zu ihren Gunsten ausrechneten. Das ganze Räthsel in diesem Zwiespalt der Dinge wird aber gelöst, wenn man weiß, wie mancher Stimmsähige durch die Jubringlichkeit der Konfessionen genötigt wurde, dieselben bezüglich seiner Stimmabgabe auf solche Fährte zu bringen. Nicht Mangel an Agitation, sondern eher das Gegenstück dürfte das „Herbsttage“ seinen Freunden vorwerfen.

2. Da das jammernde Ding im „Vaterland“ den Liberalen die Majorität zuerkennen muß und dabei selbst zugibt, daß Dr. Ständerath Herzog am 4. Mai nur mit Hilfe einiger Liberaler gewählt wurde, so macht es sich etwas komisch, daß die Konfessionen auf die Gemeinderathswahlen zu dem Beschlusse kamen, den Liberalen von fünf Mitgliedern genügt eines lassen zu wollen und vier für sich zu behalten. Was das begreifen, wer will. — Ebenso komisch macht sich dann das Gemurmel über Wohlthutradikalismus, zumal die Liberalen in Münster beschloffen haben, ungeachtet ihrer Mehrheit die bisherige konfessionelle Vertretung im Gemeinderathe beizubehalten. Ein „Wohlthut“ wäre hier allerdings zu entbehren, aber nicht auf Seite der Liberalen.

3. Einen Unfug wirkt das wunderliche „Herbsttage“ auch dem libl. St. d. h. dessen Einsehen zu mit den Worten: Wenn namentlich ein gewisses Institut einmüthiger und energischer in's Zeug gegangen wäre! u. c. Es ist dies wohl der Dank dafür, daß die alten Herren des St. d. h. bis 7 Mal fast vollständig an den Wahlen erschienen und wohl fast mit Einmuth für die Partei des „Herbsttages“ eingestanden sind.

Bei den Wahlen blieben nämlich von diesen Herren in der Regel nur die Kranken weg und etwa 3 bis 4, die weniger Neigung für die Politik haben, oder nicht immer auf St. d. h. Kommando durch Dick und Dünn gehen wollten. In den Augen des „Herbsttages“ läge aber die Hauptaufgabe des libl. St. d. h. der 26 Abgeordneten, darin, eine stets einstimmig mitende Wahlmasse für die konfessionellen Führer zu sein. Eine recht häßliche und ehrenvolle Zumuthung!

4. Das „Herbsttage“ kann es auch nicht billigen, daß die Liberalen sich erlaubten, für den Wahlausgang der Wiltensfelsen im ersten Wahlgang fünf Liberalen in Vorschlag zu bringen, darunter allerdings Hrn. Propst Kleeberg; und ebenso mißbilligt wird, daß im zweiten Wahlgang von gleicher liberaler Seite ein Konfessioneller, Dr. Friedensrichter Herzog, vorge schlagen und gewählt wurde. Dagegen gefaßt dann natürlich dem „Räthsel“, daß andere Gemeinden lauter gute konfessionelle Wahlen trafen. Ein wunderliches Räthsel, diese Herbsttage! Doch noch mehr: das Ding mußten den Liberalen zu, dieselben hätten bei der Wahlaustragung auf einem der konfessionellen Kandidaten in Münster stimmen sollen; es fällt demselben aber nicht einmal ein, zu sagen, die Konfessionellen hätten auch dem konfessionellen Friedensrichter stimmen sollen, insofern man denselben doch im „Vaterland“ einen durch und durch konfessionellen Ehrenmann nennt! Daß der Herr Friedensrichter ein Ehrenmann ist, das bezugten die Liberalen demselben nicht bloß in einem Zeitungsartikel, sondern durch dessen Wahl.